

376820-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – 24D0162 - Zielunterbringung BAAINBw - 1.BA / Gneisenau-Kaserne, Koblenz - Objektplanung Freianlagen, Verkehrsanlagen, Ingenieurbauwerke gemäß HOAI 2021
OJ S 110/2025 11/06/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Verteidigung, vertreten durch das ABB, vertreten durch den Landesbetrieb für Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Diez, vertreten durch die Niederlassungsleitung

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@lbb.rlp.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Verteidigung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: 24D0162 - Zielunterbringung BAAINBw - 1.BA / Gneisenau-Kaserne, Koblenz - Objektplanung Freianlagen, Verkehrsanlagen, Ingenieurbauwerke gemäß HOAI 2021

Beschreibung: 1.Objektplanung Ingenieurbauwerke HOAI 2021 § 43 Leistungsphase 2-9 2.

Objektplanung Freianlagen HOAI 2021 § 39 Leistungsphase 2-9 3.Objektplanung

Verkehrsanlagen HOAI 2021 § 47 Leistungsphase 2-9 Folgende Leistungen hat der AN zu

erbringen: 1.Objektplanung Freianlagen (gemäß HOAI 2021 §39) Grundleistungen der LPH 2-

9 und besondere Leistungen wie: - Mitwirkung zur Erfüllung BNB-Silber - Erstellen und

darstellen des Arbeitsverfahrens und mitwirken an der Erstellung eines Arbeits- und

Sicherheitsplanes - Prüfen und Werten von Nebenangeboten - Erstellen von Nachträgen -

Prüfen von Nachträgen - Überwachen der Mängelbeseitigung 2.Objektplanung

Verkehrsanlagen (gemäß HOAI 2021 §47) Grundleistungen der LPH 2-9 und besondere

Leistungen wie: - Mitwirkung zur Erfüllung BNB-Silber - Erstellen und darstellen des

Arbeitsverfahrens und mitwirken an der Erstellung eines Arbeits- und Sicherheitsplanes -

Aufstellen von Ablauf- und Netzplänen - Prüfen und Werten von Nebenangeboten - Erstellen

von Nachträgen - Prüfen von Nachträgen - örtliche Bauüberwachung - Kostenkontrolle -

Überwachen der Mängelbeseitigung 3.Objektplanung Ingenieurbauwerke (gemäß HOAI 2021

§43) Grundleistungen der LPH 2-9 und besondere Leistungen wie: - Planungsleistung für die

Baufeldfreimachung/ Rückbau Gebäude - Erstellen und darstellen des Arbeitsverfahrens und

mitwirken an der Erstellung eines Arbeits- und Sicherheitsplanes - Mitwirkung zur Erfüllung

BNB-Silber - Aufstellen von Ablauf- und Netzplänen - Prüfen und Werten von

Nebenangeboten - Erstellen von Nachträgen - Prüfen von Nachträgen - örtliche

Bauüberwachung - Kostenkontrolle - Überwachen der Mängelbeseitigung

Kennung des Verfahrens: 5e2eab19-9a69-40a9-a759-649243f065ba

Interne Kennung: 24D0162

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71210000

Beratungsdienste von Architekten, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und

Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71250000 Dienstleistungen von

Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Alte Heerstraße 149

Stadt: Koblenz

Postleitzahl: 56076

Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXPLYDYFTH 1) Bewerber-/Bietergemeinschaften (BGen) BGen, die sich erst nach der Einreichung des Angebots gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BG sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen. Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB oder aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden. Bei BGen sind nur ein Gesamt-Projektleiter und ein Gesamt-Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen. 2) Eignungsleihe (§ 47 VgV) Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. 3) Unteraufträge (§ 36 VgV) Beabsichtigt der Bewerber eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. - soweit bekannt - die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag im Bewerbungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Liegt bei dem Unterauftragnehmer ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB, § 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen. 4) Vergabeunterlagen / Teilnahmeantrag / Vorlage von

Nachweisen, Angaben und Unterlagen Für den Teilnahmeantrag sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare bzw. die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zu verwenden und vollständig ausgefüllt, in deutscher Sprache und in Textform (§ 126b BGB) bei der angegebenen Kontaktstelle einzureichen. Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Teilnahmeantrag sowie auf den geforderten Anlagen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an den dafür vorgesehenen Stellen der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bieter die Eigenerklärung abgibt. Der Teilnahmeantrag ist mit allen geforderten Erklärungen u. Nachweisen vollständig elektronisch über den Projektraum zum Verfahren auf dem Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) bei der angegebenen Kontaktstelle einzureichen. Die Unterlagen sind ausschließlich im Projektraum im Bereich "Teilnahmeanträge" hochzuladen. Der Teilnahmeantrag muss alle geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Teilnahmeanträge/ Bewerbungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen. Für die Erstellung und Einreichung des Teilnahmeantrags sowie der späteren Angebote und der weiteren Erklärungen und Nachweise / Unterlagen werden keine Entschädigungen / Vergütungen gezahlt. 5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich im Projektraum zum Verfahren auf dem VMP RLP zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge heruntergeladen werden u. Nachrichten der Vergabestelle können dort eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP. 6) Kommunikation Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den VMP RLP. 7) zur Begrenzung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach Prüfung der Vollständigkeit der vorzulegenden Erklärungen und Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen Bewertungsmatrix, welche in den Vergabeunterlagen ("Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb") aufgeführt und näher erläutert ist. Folgende Eignungskriterien werden gewertet: Jahresumsatz, Beschäftigtenzahl, Anzahl und Qualität der Referenzen. Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Verhandlung aufgefordert. Bei Punktgleichheit von mehr als 5 Bewerbern entscheidet das Los über die Teilnahme am weiteren Verhandlungsverfahren. 8) Ausschreibungsbedingungen / Ausschlussgründe Es ist eine Erklärung abzugeben, ob die in den §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes und § 19 des Mindestlohngesetzes). Es dürfen nur solche Bewerber am Wettbewerb teilnehmen und eine Auftragsvergabe ist nur an solche Bewerber bzw. Bieter möglich, bei denen ein Bezug zu Russland im Sinne der "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) nicht vorliegt. Als Nachweis ist eine entsprechende Eigenerklärung (siehe Bewerbungsbogen) vorzulegen. 9) zu den Fristen - Versand der Aufforderung zur Angebotsabgabe Die Angabe zum Versand der Aufforderung zur Angebotsabgabe ist nur ein voraussichtlicher Termin. Der tatsächliche Aufforderungstermin kann bedingt durch den Verfahrensverlauf davon abweichen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Korruption:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Zahlungsunfähigkeit:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: 24D0162 - Zielunterbringung BAABNBw - 1.BA / Gneisenau-Kaserne, Koblenz -

Objektplanung Freianlagen, Verkehrsanlagen, Ingenieurbauwerke gemäß HOAI 2021

Beschreibung: Für die Maßnahme Zielunterbringung BAABNBw in der Bundeswehrliegenschaft

Gneisenau Kaserne Koblenz, 1. BA ist die Planung und Ausführung der Leistungsbilder

Freianlagen, Verkehrsanlagen, Ingenieurbauwerke zur Deckung der erforderlichen

Infrastruktur und Neugestaltung der Außenanlagen erforderlich. Die vorhandenen

Außenanlagen und Infrastrukturen sind im Zuge des Neubaus sukzessive zurückzubauen,

sodass eine dauerhafte Baustellenandienung über befestigte Wege und Plätze gewährleistet

ist. Die neue Infrastruktur und die Herrichtung der einzelnen Baufelder ist Grundlage für die

Errichtung der neuen Gebäude. Die technische Abfolge ist im Planungsprozess mit den

anderen Planungsbeteiligten zu erarbeiten. Die Neugestaltung und Ausführung der

Außenanlagen erfolgt nach bzw. während der Errichtung der neuen Gebäude. Auch hier ist die

genaue Abfolge mit den anderen Planungsbeteiligten abzustimmen. Der Masterplan dient als

Planungsgrundlage. Gesamtmaßnahme: Die Bundeswehrliegenschaft Gneisenau Kaserne

Koblenz befindet sich in 56076 Koblenz, Alte Heerstrasse 149. Sie soll zu einem Bürostandort

für die Deckung des Bedarfs an Bürokapazität durch das Bundesamt für Ausrüstung,

Infotechnik u. Nutzung der Bundeswehr (BAABNBw) hergerichtet werden. Die sich auf dem

Gelände befindenden 47 Gebäude (Baujahr zwischen 1934 u. 1988) der Liegenschaft sind für

eine langfristige Büronutzung nicht geeignet und sämtliche Ver- und Entsorgungsleitungen der

Liegenschaft sind erneuerungsbedürftig. Die geplante Neugestaltung der Liegenschaft wird in 4 Bauabschnitten, zeitlich nacheinander, durchgeführt, wobei die jeweiligen nicht betroffenen Bauabschnitte weiterhin in Betrieb bleiben müssen. Dazu wird die Bestandsinfrastruktur in Stufen der Bauabschnitte zurückgebaut und durch eine neue, bedarfsgerechte Infrastruktur ersetzt. Geplant sind in 4 Bauabschnitten insgesamt: rd. 3.350 Arbeitsplätzen rd. 45.000 m² Nutzfläche 26 Bürogebäude (3 bzw. 4-geschossig) 1 Kantinen- und Konferenzgebäude 1 Wachgebäude 1 ZVA Gebäude (technisches Gebäude) 1 Sportanlage mit Turnhalle 3 Parkhäuser Liegenschaftsgröße: 22,7 ha Bauabschnitt Der erste Bauabschnitt liegt im Westen der Liegenschaft, hat eine Baufeldgröße von 8 ha und soll den Infrastrukturbedarf der Abteilung I des BAAINBw decken. Dieser Bauabschnitt wird in zwei Teilbereiche getrennt. Teil A berücksichtigt die Baufeldfreimachung / Rückbau der Bestandsbebauung. Teil B beinhaltet den Rückbau der Infrastruktur und die Neuerrichtung von Bürogebäuden, des Kantinen- und Konferenzgebäudes und des ZVA (zentrales Versorgungsgebäude), sowie den Außenanlagen und die bedarfsgerechte Neuordnung der Ver- und Entsorgung in der Liegenschaft. Teil A: Schadstoffrückbau, Abbruch von 15 Gebäuden Teil B: Rückbau und Neubau der Infrastruktur Neubau von 9 Bürogebäude (3 bzw. 4 geschossig), 1 Kantinen- und Konferenzgebäude, 1 ZVA Gebäude (technisches Gebäude) 1 Parkhaus für rd. 350 Parkstände Aussenanlagen rd. 1.000 Arbeitsplätze rd. 17.000 m² Nutzfläche Der 1. BA ist in Baufelder unterteilt: Baufeld 1: 8 Bürogebäude 6-13 N Baufeld 2.1: Bürogebäude 16 N Baufeld 2.2: Kantinen- und Konferenzgebäude 27 N Baufeld 3: ZVA Gebäude V 1 Baufeld 4: Parkhaus P1 Baufeld 5: Außenanlagen Geschätzte Kosten des 1. BA Die vorläufigen anrechenbaren Kosten wurden zunächst ermittelt auf brutto ca. KG 200: 7.517.800,- EUR KG 300: 76.071.800,- EUR KG 400: 36.433.500,- EUR KG 500: 21.014.100,- EUR KG 600: 134.400,- EUR Summe KG 200-600 rd. 141.172.000,- EUR Voraussichtliche Termine: Beauftragung geplant: 11/2025 Erstellung finale Bauunterlage: 09/2025 - 9/2026 Ausführungsplanung/Ausschreibung: 12/2026 - 04/2027 Bauausführung: 12/2027 - 07/2031 Objektüberwachung/Dokumentation: bis 07/2031 Interne Kennung: 24D0162

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71210000 Beratungsdienste von Architekten, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71250000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Stufenweise Beauftragung: Der AG behält sich eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen entsprechend RBBau-Vertragsmuster vor. Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Grundleistungen der Leistungsphasen nach § 39, § 43, § 47 HOAI gliedern sich wie folgt: Leistungsstufe 1 (LPH 2, 3 und 4), Leistungsstufe 2 (LPH 5), Leistungsstufe 3 (LPH 6 und 7), Leistungsstufe 4 (LPH 8) und Leistungsstufe 5 (LPH 9). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Leistungen besteht nicht. Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abrufen. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Alte Heerstraße 149

Stadt: Koblenz
Postleitzahl: 56076
Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 67 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance# Die genannte Vertragslaufzeit beinhaltet nicht die Ausführungszeit für die Leistungen der LPH 9.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber hat einen aktuellen Auszug aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister einzureichen oder in Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes vorzulegen, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Als Nachweis ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen: eine aktuelle Versicherungsbestätigung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung oder alternativ eine schriftliche Erklärung der Versicherung nicht älter als zwei Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen. Der Auftragnehmer / die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr bzw. für alle Versicherungsfälle bei dem Projekt mindestens das Zweifache der Deckungssummen beträgt. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist zusätzlich durch eine schriftliche Erklärung des Versicherungsunternehmens (in der Deckungszusage oder einem separaten Schreiben) nachzuweisen, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den jeweils geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Bei einer Bewerbergemeinschaft / ARGE muss der Versicherungsschutz bzw. die Versicherungserklärung auf die ARGE ausgestellt sein und eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE bestätigen. Alternativ kann eine Versicherungsbestätigung über den geforderten Versicherungsschutz von allen ARGE-Mitgliedern vorgelegt werden, wenn und soweit gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE, auch für

die Leistungsbereiche der weiteren ARGE-Mitglieder, mitversichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE, auch für die Leistungsbereiche der weiteren ARGE-Mitglieder enthalten ist. Als Mindeststandards werden gefordert: Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der ARGE für alle beauftragten Leistungen mit einer Deckungssumme von mind. 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und von mind. 3,0 Mio. EUR für sonstige Schäden und einer mindestens 2-fachen Maximierung bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers. Bei einer Bewerbungsgemeinschaft bzw. ARGE muss der Versicherungsschutz eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE abdecken.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärungen des Bewerbers (Einzelunternehmen bzw. Bewerbungsgemeinschaft) über den allgemeinen Jahresumsatz (brutto) in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags. Als Mindeststandards werden gefordert: Der allgemeine Jahresumsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre muss im Durchschnitt mind. 600000 EUR pro Jahr betragen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 30,00

Kriterium: Zertifikate von Qualitätskontrollinstituten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Fach- und Führungskräfte (Definition Führungskraft: Eine Person, die Leitungsfunktion und Führungsverantwortung hat. Hierzu zählen u.a. auch Projektleiter, Bauleiter und deren Stellvertreter.) namentlich und mit beruflicher Qualifikation anzugeben: - der Gesamt-Projektleiter und - der Gesamt-Bauleiter. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen (Anlage zum Bewerbungsbogen) zur Verfügung gestellt. Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind nachzuweisen. Als Mindeststandards werden gefordert: Der Gesamt-Projektleiter muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl. Ing. Univ./TU/FH bzw. Bachelor oder Master) im Fachbereich Architektur, Bauingenieurwesen, Landschaftsarchitekt oder Städteplaner und eine Berufserfahrung von mind. 4 Jahren in der genannten Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen. Der Gesamt-Bauleiter muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl. Ing. Univ./TU/FH bzw. Bachelor oder Master) im Fachbereich Architektur, Bauingenieurwesen, Landschaftsarchitekt oder Städteplaner und eine Berufserfahrung von mind. 3 Jahren in der genannten Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen und in der in der Bauleitung (Baustellenpraxis) nach Studienabschluss. Für Objektplanung Freianlagen, Verkehrsanlagen oder Ingenieurbauwerke können auch verschiedene Personen eingesetzt werden, solange diese alle die geforderte Berufsqualifikation und die Referenzen erfüllen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Für den Bewerber (Unternehmen/Büro) / die Bewerbungsgemeinschaft, den Projektleiter und den Bauleiter sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen (Anlage zum Bewerbungsbogen) zur Verfügung gestellt. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, welche im zugelassenen Referenzzeitraum liegen und die geforderten Mindeststandards erfüllen. Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben

über ein Projektdatenblatt abzugeben: a) Kurzbezeichnung der Baumaßnahme, b) Auftraggeber mit Name und Anschrift, c) Grundstücksfläche, d) erbrachte Leistungsphasen, e) Zeitraum der Leistungserbringung (von/bis) und Abschluss der LPH 8 und der Bauausführung, f) Beschreibung der Maßnahme. Für die Referenzprojekte gelten folgende Mindestanforderungen: Für das Unternehmen: Referenzkriterium 1: Mind. 2 Referenz über die Planung, Vorbereitung der Vergabe und Objektüberwachung (LPH 2-8 gem. § 39 HOAI) bei einem Projekt der Objektplanung Freianlagen mit einer Grundstücksfläche von mind. 20.000 qm. Referenzkriterium 2: Mind. 2 Referenz über die Planung, Vorbereitung der Vergabe und Objektüberwachung (LPH 2-8 gem. § 47 HOAI) bei einem Projekt der Objektplanung Verkehrsanlagen mit einer Grundstücksfläche von mind. 20.000 qm. Referenzkriterium 3: Mind. 2 Referenz über die Planung, Vorbereitung der Vergabe und Objektüberwachung (LPH 2-8 gem. § 43 HOAI) bei einem Projekt der Objektplanung Ingenieurbauwerke mit einer Grundstücksfläche von mind. 20.000 qm. Für den Projektleiter: Referenzkriterium 1: Mind. 1 Referenz über die Planung, Vorbereitung der Vergabe und Objektüberwachung (LPH 2-8 gem. § 39 HOAI) bei einem Projekt der Objektplanung Freianlagen mit einer Grundstücksfläche von mind. 20.000 qm. Referenzkriterium 2: Mind. 1 Referenz über die Planung, Vorbereitung der Vergabe und Objektüberwachung (LPH 2-8 gem. § 47 HOAI) bei einem Projekt der Objektplanung Verkehrsanlagen mit einer Grundstücksfläche von mind. 20.000 qm. Referenzkriterium 3: Mind. 1 Referenz über die Planung, Vorbereitung der Vergabe und Objektüberwachung (LPH 2-8 gem. § 43 HOAI) bei einem Projekt der Objektplanung Ingenieurbauwerke mit einer Grundstücksfläche von mind. 20.000 qm. Für den Bauleiter: Referenzkriterium 1: Mind. 1 Referenz über die Planung, Vorbereitung der Vergabe und Objektüberwachung (LPH 2-8 gem. § 39 HOAI) bei einem Projekt der Objektplanung Freianlagen mit einer Grundstücksfläche von mind. 20.000 qm. Referenzkriterium 2: Mind. 1 Referenz über die Planung, Vorbereitung der Vergabe und Objektüberwachung (LPH 2-8 gem. § 47 HOAI) bei einem Projekt der Objektplanung Verkehrsanlagen mit einer Grundstücksfläche von mind. 20.000 qm. Referenzkriterium 3: Mind. 1 Referenz über die Planung, Vorbereitung der Vergabe und Objektüberwachung (LPH 2-8 gem. § 43 HOAI) bei einem Projekt der Objektplanung Ingenieurbauwerke mit einer Grundstücksfläche von mind. 20.000 qm. Zugelassener Referenzzeitraum: Es werden alle Referenzen zugelassen, bei denen die Leistungsphase 2 nach dem 01.06.2015 begonnen wurde und die LPH 8 oder die Bauausführung vor dem Ende der Teilnahmefrist abgeschlossen ist. Referenzobjekte, die mehrere Referenzkriterien erfüllen, dürfen bei allen zutreffenden Referenzkriterien aufgeführt werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 50,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers/Bieters (inklusive Büroinhaber, ausgenommen Auszubildende und studentische Hilfskräfte) in den letzten drei Jahren ersichtlich ist. Als Mindeststandards werden gefordert: Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers (inklusive Büroinhaber, ausgenommen Auszubildende und studentische Hilfskräfte) in den letzten drei Jahren muss mind. 5 Beschäftigte betragen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 20,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3
Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5
Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden
Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Vorstellung des Büros, Angaben zur geplanten Projektorganisation und zum geplanten Projektablauf

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Angaben zur Arbeitsweise und zur konzeptionellen Vorgehensweise im Hinblick auf die zu vergebende Leistung, vertiefende Angaben des Bewerbers zu technischen Belangen bei der Umsetzung der geplanten Maßnahme unter Zugrundelegung der Projektanforderungen

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorar

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 08/07/2025 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYFTH/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYFTH>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 04/08 /2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYFTH>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 14/07/2025 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen (Erklärungen und Nachweise) nach Maßgabe des § 56 VgV nachzufordern. Bewerberunterlagen, die vom Auftraggeber nach dem Einreichungstermin / Ablauf der Teilnahmefrist verlangt werden, sind zu dem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt im Projektraum auf dem Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz einzureichen. Werden die nachgeforderten Unterlagen nicht fristgerecht über den Projektraum nachgereicht, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Eine Auftragsvergabe ist nur an solche Bieter möglich, bei denen ein Bezug zu Russland i.S.d "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8.4.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014" (Artikel 5k) nicht vorliegt. Als Nachweis ist eine entsprechende Eigenerklärung vorzulegen. Für die Ausführung d. Auftrags sind EDV-Schnittstellen zum Datenaustausch von CAD-Zeichnungen (mind. DXF u. DWG) u. Leistungsverzeichnissen (mind. GAEB 1990) erforderlich. Die Bauarbeiten werden in einem militärischen Sicherheitsbereich ausgeführt. Es dürfen nur solche Bewerber, Bieter o. Auftragnehmer am Verfahren teilnehmen u. den Auftrag erhalten, die ihren Geschäftssitz in einem NATO-Staat haben. Besucher aus Staaten mit bes. Sicherheitsrisiken haben grds. keinen Zutritt zu militärischen Sicherheitsbereichen gem. Staatenliste i.S.v. § 13 Abs. 1 Nr. 17 SÜG, festgelegt durch das BMI.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Eine Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft hat im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung anzunehmen. Ein bevollmächtigter Vertreter ist anzugeben. (s. Bewerbungsbogen inkl. Anlagen)

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, 1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 2. die erst in den

Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Amt für Bundesbau -ABB-

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Verteidigung, vertreten durch das ABB, vertreten durch den Landesbetrieb für Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Diez, vertreten durch die Niederlassungsleitung

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Verteidigung, vertreten durch das ABB, vertreten durch den Landesbetrieb für Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Diez, vertreten durch die Niederlassungsleitung

Registrierungsnummer: 07-LBLBBZentr000-89

Postanschrift: Goethestraße 9

Stadt: Diez

Postleitzahl: 65582

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Lahn-Kreis (DEB1A)

Land: Deutschland

Kontaktperson: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@lbb.rlp.de

Telefon: +49 2619701-0

Fax: +49 2619701-444

Internetadresse: <http://www.lbb.rlp.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

Registrierungsnummer: 07-LBLBBZentr000-89-ZVS

Postanschrift: Hofstraße 257a

Stadt: Koblenz

Postleitzahl: 56077

Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)

Land: Deutschland

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telefon: +49 2619701-0

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Amt für Bundesbau -ABB-
Registrierungsnummer: t:06131140880
Postanschrift: Wallstraße 1
Stadt: Mainz
Postleitzahl: 55122
Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)
Land: Deutschland
E-Mail: postfach@abb-rlp.de
Telefon: +49 6131-140880
Fax: +49 6131-1408810
Internetadresse: <http://www.abb-rlp.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt
Registrierungsnummer: t:022894990
Postanschrift: Villemombler Straße 76
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53123
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 228-94990
Fax: +49 228-9499163
Internetadresse: <http://www.bundeskartellamt.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 4a999274-77b4-4c42-bea6-b1e50c41385f - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 10/06/2025 09:55:57 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 376820-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 110/2025
Datum der Veröffentlichung: 11/06/2025